

Rede zur Einbringung des Haushalts 2026 von Manuel Prohl
(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Berg,
sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung,
liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener,

wenn Sie wenige Tage vor Abschluss der Haushaltsberatungen die Zeitung aufschlagen und Ihnen ein Zitat des Kämmerers ins Auge springt, das da lautet: „Die Finanzentwicklung ist dramatisch“, steht eines mal fest: eine Wohlfühlsitzung erwartet uns heute nicht. Wer Apostolos Tsalastras auch nur ein bisschen kennt, weiß, dass unser Kämmerer nicht dazu neigt, Dinge zu überdramatisieren, eher das Gegenteil ist der Fall: Auch in ernsten Situationen vergisst es Posto nie, einen Blick auf den Silberstreif am Horizont zu werfen – so denn dort einer ist. Spoiler: Ja, es gibt ihn, und wir werden ihn genauso wenig vergessen wie der Kämmerer.

Doch kommen wir zunächst mal zu den unangenehmen Wahrheiten:
Wer es mit dieser Stadt und ihren Menschen gut meint, findet wenig

Vergnügen beim Studium des Haushaltsplanentwurfs.

Er bietet kein Fundament für Luftschlösser und ebenso wenig Platz für schöne Wünsche.

Wir alle mussten in den vergangenen Jahren das Wort „Stapelkrise“ in unseren Wortschatz aufnehmen. Vieles kam und kommt zusammen, das unserer Stadt nicht guttut: die bis heute nicht überwundenen Folgen des Strukturwandels, die direkten und indirekten Kosten des brutalen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine. Und da sind Kostenentwicklungen, die unsere Stadt strukturell belasten – zum Beispiel die förmlich explodierenden Kosten der Hilfen zur Erziehung. Nur um es noch einmal zu verdeutlichen: Wir sprechen hier von Steigerungsraten von fast 20 Prozent pro Jahr und ein Volumen von nahezu 100 Millionen Euro. Das Schlimme ist: wer hier versucht, Geld zu sparen, wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von noch höheren Folgekosten heimgesucht. Einfache Lösungen, meine Damen und Herren, gibt es hier nicht, billige schon gar nicht.

Und während uns auf der einen Seite die Kosten davonzulaufen drohen, spüren wir auf der anderen Seite den Investitionsdruck: Mehr als eine Milliarde Euro werden wir bis zum Jahr 2030 investieren müssen – nicht für Luftschlösser, nicht für Leuchttürme,

sondern für die Daseinsvorsorge und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt; etwa für Straßen oder für Schulgebäude. Hier den Rotstift anzusetzen, gefährdet schlicht die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Der Korridor, in dem wir finanzielle Handlungsfähigkeit an den Tag legen müssen, ist also sehr eng.

In Zeiten, in denen Vertrauen in Politik bröckelt, ist es ebenso entscheidend, wie wir über Konsolidierung sprechen. Wenn wir Einschnitte beschließen, aber nicht erklären, warum, dann wächst Frust. Und Frust ist der Nährboden für diejenigen, die einfache Antworten versprechen und Komplexität verachten. Unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, ist das Gegenteil: erklären, zuhören, abwägen, entscheiden.

Klar ist auch: Änderungsanträge, wie sie von der Linken Liste gestellt wurden, tragen nicht zur Vertrauensbildung bei. Während die Verwaltung noch prüft, was künftige Schülerzahlen für unsere Schullandschaft bedeuten, wollen Sie bereits Geld freigeben – und schlagen zur Deckung unter anderem die Nutzung von Fördermitteln vor, die es für Schulbauten einfach nicht gibt. Wie Sie wissen, läuft ein Prüfauftrag. Das gleiche gilt ebenso für den Vorschlag, zwei zusätzliche Grundschulen zu bauen – ohne dass wir Zahlen vorliegen haben. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken Liste, ist ebenso sinn- wie verantwortungslos.

Wir leben in einem freien Land, und niemand, der sich kommunalpolitisch äußert oder betätigt, wird dazu gezwungen, dies mit der gebotenen Ernsthaftigkeit zu tun. Wenn es den FDP-Nachwuchs erheitert, dem Kämmerer ein Vampirkostüm für Karneval zu empfehlen, dann kann Posto als toleranter Rheinländer gewiss damit leben. Ganz sicher weniger mit dem Hinweis, dass es nun endlich an der Zeit sei – ich zitierte aus der WAZ – „nicht mehr mit der Pinzette, sondern mit der Axt an die Strukturen zu gehen“. Es sei an dieser Stelle noch einmal der Vollständigkeit halber erwähnt: Zu den sieben neuen HSK-Vorschlägen gehört ein Personalstellenabbau in der Höhe von 5 Prozent bis zum Jahr 2033, der mit Abstand dickste Batzen im neuen Sparpaket: Da kann ich nur hoffen, dass die Autoren solcher flotten Sprüche nicht in Entscheidungsfindungen in Oberhausen involviert sein werden, bevor sich bei Ihnen nicht eine den Aufgaben angemessene Ernsthaftigkeit einstellt.

Apropos Ernsthaftigkeit: Liebe CDU...

Dass der Sieg unseres neuen Oberbürgermeisters Thorsten Berg in der Stichwahl bei manchen Christdemokratinnen und Christdemokraten erst für Schnappatmung, später für tiefe Enttäuschung gesorgt hat, kann ich nachvollziehen – wer verliert schon gerne eine Wahl, noch dazu, wenn man sich seiner Sache vorher doch so sicher war...? In die Kategorie Frust ablassen ordne ich auch mal Ihre Stichelei gegen Thorsten Bergs kurzen Urlaub

zwischen Wahlkampf und Amtsübernahme ein.

Dass Sie nun die neuen Dialogformate des Oberbürgermeisters in Bausch und Bogen kritisieren, noch bevor diese überhaupt angefangen haben, zeigt allerdings, wie tief der Frust in Ihren Reihen immer noch sitzen muss. Ich hätte da schon eine Ahnung, warum Thorsten Berg die Dialogreihe „Auf ein Wort mit Daniel Schranz“ eben nicht fortsetzt. Vielleicht kommen Sie ja auch noch drauf...

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass Sie nun den Kämmerer verantwortlich machen für die Außenwirkung eines Artikels im Spiegel, lässt eben auch die gebotene Ernsthaftigkeit vermissen. Was hätte der Kämmerer der Spiegel-Journalistin denn sagen sollen?

Vielleicht so was wie: „Die finanzielle Situation ist zwar aktuell besonders dramatisch, aber wir haben in Oberhausen den Vorteil, dass wir krisengestählt sind.–Für uns (speziell hier im Ruhrgebiet) ist die Hoffnung auf bessere Zeiten und eine gute Zukunft keine Schicksalsfrage. Wir wissen, dass die Zukunft gestaltbar und veränderbar ist.“

So und nicht anders hat es der Kämmerer in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts übrigens auch gesagt und ich habe keinen Zweifel, dass er diese Aspekte auch im Gespräch mit dem Spiegel nicht vergessen hat.

Wer Fakten als „zu düster“ empfindet, sollte nicht den Überbringer kritisieren, sondern die Ursachen bekämpfen. Zahlen werden nicht besser, wenn man sie freundlicher vorliest.

Sie fordern weniger Alarmismus, den ich ehrlich gesagt weder in den Äußerungen des Kämmerers noch des Oberbürgermeisters erkennen kann, und mehr Richtung. Die wurde jedoch deutlich aufgezeigt. Und da die Zahl der heute zu beschließenden Haushaltsanträge sich in Grenzen hält, ist uns allen das doch bewusst.

Und wo wir jetzt schon mal bei ungerechtfertigten Vorwürfen gegen den Oberbürgermeister sind, kommt auch die Grüne X Partei-Fraktion ins Spiel. Die Kolleginnen und Kollegen vermissten ein – ich zitiere – „klärendes Machtwort“ von Thorsten Berg zur Buche in Alstaden. Auf welcher Basis denn eigentlich? Ich werde hier nicht noch einmal den ganzen Ablauf schildern, zumal es den Zeitrahmen dieser Rede vermutlich sprengen würde. Halten wir einfach fest: Am Ende eines langen Entscheidungsprozesses hat der Rat in großer Mehrheit für die Neugestaltung der Kewerstraße und damit für die Fällung gestimmt.

Abstimmungsniederlagen sind bisweilen schmerzhaft, das hat so ziemlich jede Fraktion und Gruppe in diesem Rat schon erleben müssen. Wenn man jedoch nach der Entscheidung öffentlich ein Bild von einer mauschelnden Politik und Verwaltung zeichnet, die sich

sowieso nicht um den Bürgerwillen schert, erweist man unserem demokratischen Gemeinwesen einen Bärendienst. Und dafür sind in diesem Rat schließlich andere da...

Womit wir bei der AfD wären. Wie ernst es ihr mit der Kontrolle des „Parteienklüngels“, so nannten Sie es ja in einem ihrer Wahlkampfflyer, wirklich ist, werden wir heute noch zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren. Und damit meine ich nicht den Antrag zur Arbeitsverpflichtung von Asylbewerbern. Sie werden wissen, warum Sie auf eine Vorberatung im Sozialausschuss verzichtet haben. Am Ende hätten noch Fachleute aus der Sozialverwaltung erklärt, warum dieser Dienst in Oberhausen abgeschafft worden ist. Dass die Hinweise meines Fraktionskollegen Maxi Janetzki auf eben diese Gründe Sie nicht dazu bewegen konnte, den Antrag zurückzuziehen, wundert mich nicht. Verwundert hat mich hingegen schon ein wenig Ihre Sorge um die Tagesstruktur der Menschen und die integrierende Kraft eines solchen Dienstes. Und das von einer Partei, die gemeinsam mit ihrem Vorfeld die sozialen Medien mit an Geschmacklosigkeiten nur so gespickten „Remigrations-Takes“ flutet – Sie wollen die Menschen ganz offensichtlich für dumm verkaufen!

Kommen wir lieber zurück zu den Fakten und schauen wir auf den Haushalt: Das sich abzeichnende Jahresergebnis 2025 liegt bei rund

minus 110 Millionen Euro, etwa 27 Millionen Euro schlechter als geplant. Das ist kein Ausreißer. Das ist ein strukturelles Problem.

Wer denkt, dies dem handelnden Personal in unserer Stadt anlasten zu können, irrt: Oberhausen steht damit nicht allein. Bundesweit wurde 2024 ein kommunales Defizit von rund 25 Milliarden Euro festgestellt, für 2025 werden über 30 Milliarden Euro erwartet. Wenn nahezu keine Kommune in NRW mehr ausgleichen kann, ist das kein lokales Versagen, sondern ein Systemproblem.

Die Erträge wachsen langsam, die Ausgaben schnell.

Personalkosten steigen durch Tarifabschlüsse und zusätzliche Aufgaben.

Sozialausgaben wachsen massiv.

Investitionsbedarfe explodieren, weil Infrastruktur eben nicht warten kann.

In Oberhausen sind die Personalkosten seit 2017 um durchschnittlich 7,3 Prozent pro Jahr gestiegen – von rund 147 Millionen Euro auf voraussichtlich 243 Millionen Euro im Jahr 2026. Vieles ist Folge von Aufgabenübertragungen ohne auskömmliche Finanzierung: andere bestellen die Musik, wir bezahlen sie...

Noch gravierender sind die Sozialausgaben. Mehr als 53 Prozent des

ordentlichen Haushalts entfallen auf Soziales, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie die Umlage an den Landschaftsverband. Dies sind Ausgaben, um die wir auch in dieser Größenordnung schlichtweg nicht herumkommen – es sei denn, in Berlin und Düsseldorf würden endlich Entscheidungen getroffen werden, die dem Konnexitätsprinzip auch entsprechen.

Angesichts dieser Situation halten wir die vom Stadtkämmerer vorgeschlagene Ausweitung des Haushaltssicherungskonzeptes für unumgänglich und begrüßen ausdrücklich die strukturellen Maßnahmen, die die Verwaltung unter Thorsten Berg vorgeschlagen hat. Denn wir brauchen ein Haushaltssicherungskonzept, das als Instrument wirkt, um Oberhausen handlungsfähig zu halten.

Dass angesichts des „Sparhammers 2026“, den die WAZ bereits auf die Stadt niederrauschen sieht, nicht allenthalben die reine Freude herrscht, ist so nachvollziehbar wie verständlich. Uns ist vor allem daran gelegen, dass dieser Hammer nirgendwo so hart trifft, dass dort künftig kein Gras mehr wächst.

Es ist uns als SPD-Fraktion wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nachvollziehen können, warum wir heute so handeln, wie wir handeln. Dazu gehören schmerzhaft Entscheidungen. Aber auch der klare Wille, intelligent zu konsolidieren statt blind zu kürzen.

Wir haben diskutiert, wir haben zugehört, priorisiert, und am Ende des Tages haben wir abgewogen. Und wir haben bei jeder Maßnahme gefragt: Überlasten wir die Menschen im Alltag – oder setzen wir dort an, wo Belastungen vertretbar sind?

Unter die letztgenannte Rubrik fallen nach unserer Einschätzung die Kosten fürs Parken. Zugegeben: eine Gebührenerhöhung an den Parksäulen von 50 Prozent und eine Verdopplung des Preises für einen Anwohnerparkausweis klingen zunächst nicht nach maßvoller Erhöhung – doch beim Blick auf die Preise fürs Parken in anderen Kommunen bleibt festzuhalten: Autofahrer stellen ihre Fahrzeuge in Oberhausen relativ günstig – dies gilt auch dann noch, wenn wir dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Lassen Sie mich nun auf einen Punkt eingehen, der lebhaft diskutiert wurde, zu dem uns besonders viele Zuschriften und Gesprächsangebote erreicht haben: die Infrastrukturabgabe, vulgo: die Bettensteuer.

Es gibt gewichtige Gründe, diese kritisch zu sehen. Schließlich hat sich Oberhausen, vor allem durch die Entwicklungen in der Neuen Mitte, zunehmend zu einem Touristenmagneten entwickelt. Mehr und mehr Menschen kommen in unsere Stadt, und sie bleiben auch – zumindest für eine oder auch ein paar Nächte. Zertritt die Politik mit dieser Entscheidung das zarte Pflänzchen Tourismus, werden die

Menschen Oberhausen zukünftig meiden?

Das glaube ich angesichts der starken Angebote in Oberhausen nicht, doch wir können die Bedenken der Hotellerie und anderer nachvollziehen. Und deshalb haben wir dem Änderungsantrag der CDU in diesem Punkt zugestimmt. Sollten sich im Lauf des Jahres Alternativen für die Bettensteuer finden – um so besser. Finden sie sich nicht, gilt der alte Satz: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Dies ist ein Kompromiss, mit dem alle Seiten gut leben können, denke ich. Hätten wir die Bettensteuer komplett ohne Kompensation aus den HSK-Vorschlägen entfernt, wäre die Alternative gewesen, Leistungen zu kürzen, die das soziale und kulturelle Rückgrat unserer Stadt bilden. Das wollten wir vermeiden. Deshalb war und ist diese Maßnahme Ausdruck von Verantwortung.

Meine Damen und Herren, dies alles ist angesichts der finanzpolitischen Aufgaben, die die kommenden Jahre vor uns liegen, natürlich nicht genug. Der Oberbürgermeister hat in seiner Rede zur Haushaltseinbringung betont, dass zur Ausgabendisziplin unmittelbar die Frage der Effizienz gehört: Prozesse müssen einfacher werden, Doppelstrukturen vermieden, Ressourcen klüger eingesetzt. Digitalisierung darf kein Prestigeprojekt sein, sondern muss messbar entlasten. Digitalisierungsrendite ist keine Theorie, sondern Notwendigkeit.

Ein weiterer Schlüssel ist das zentrale Fördermanagement, das zum 1.

Januar 2026 endlich – nach meinem Geschmack viel zu spät – an den Start gegangen ist. Jeder Euro Zuschuss ist ein Euro weniger Kredit. Fördermanagement ist Stabilisierungspolitik.

Auch ein konsequentes Projektfinanzierungscontrolling ist notwendig. Wer bei Großprojekten nur hofft, dass es klappt, handelt fahrlässig, das haben wir in den vergangenen Jahren schmerzhaft selbst erleben müssen.

Und ja: Wir werden eine ernsthafte Aufgabenkritik vornehmen müssen. Nicht um Qualität abzubauen, sondern um sie langfristig zu sichern. Pauschale Kürzungen helfen nicht – kluge Neuordnung schon. Ich bin mir sicher, dass die Verwaltung unter Thorsten Berg diesen Weg konsequent beschreiten wird und das, meine Damen und Herren, ist der Silberstreif am Horizont, den ich eingangs meiner Rede erwähnte.

Meine Damen und Herren,

ich möchte mich auch im Namen meiner Fraktion ausdrücklich bei unserem Kämmerer Apostolos Tsalastras und seinem Team für die geleistete Arbeit zu bedanken. Auch sie können die Realität nicht schöner zeichnen, als sie nun einmal ist. Doch das Wichtigste ist: Unsere Handlungsfähigkeit bleibt bestehen.

Die SPD stimmt dem Haushalt 2026 zu.

Fraktionsgeschäftsstelle

Schwartzstraße 72

46042 Oberhausen

Fon: +49 208 82 02 96

Fax: +49 208 82 02 980

E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de

Web: gruene-ratsfraktion-oberhausen.de

Rede anlässlich der
Haushaltsverabschiedung 2026
in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen
am 09. Februar 2026

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Stefanie Opitz

Fraktionssprecherin

GRÜNE x PARTEI Ratsfraktion Oberhausen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Anwesende,

ein Haushalt ist immer auch ein Spiegel politischer Prioritäten. Er zeigt, ob eine Stadt ihre Probleme realistisch analysiert – oder ob sie sich weiter an Illusionen klammert.

Der Haushalt 2026 ist aus Sicht der Grünen x Partei leider kein Haushalt des Aufbruchs, sondern einer der vertanen Chancen. Deshalb werden wir diesen uns vorgelegten Haushalt ablehnen.

Oberhausen leidet bestimmt nicht an einem Mangel an teils kostspieligen Konzepten – sondern an einem Übermaß an großen Ankündigungen ohne belastbare Ergebnisse. Das gilt insbesondere für die Stadtentwicklungspolitik der vergangenen Jahre.

Es wurde viel politische Energie in Luftschlösser wie den Masterplan Neue Mitte investiert. Versprochen wurden Impulse für die gesamte Stadt, neue Urbanität, bessere Mobilität und wirtschaftliche Dynamik.

Was ist davon zu sehen?

Am Ende stehen noch immer lediglich Ansiedlungen wie Decathlon und Topgolf – zwei großflächige Einzel- und Freizeitangebote, die vor allem zusätzlichen Verkehr erzeugen, aber weder strukturelle Probleme lösen noch nachhaltige Stadtentwicklung darstellen. Von einem integrierten, zukunftsfähigen Stadtentwicklungskonzept kann keine Rede sein.

Und das Verkehrschaos, vor allem auch rund um das Centro – sehr geehrte Anwesende – ist schon lange kein Randproblem mehr, sondern ein täglicher Beweis dafür, dass hier Planung, Steuerung und Realität weit auseinanderliegen. Staus, überlastete Zufahrten, fehlende Alternativen für den Umweltverbund: Das ist das Ergebnis einer Politik, die auf Leuchttürme gesetzt hat, statt auf funktionierende Strukturen.

Der vorliegende Haushalt 2026 knüpft leider genau an diese Fehler an. Er investiert zu wenig in nachhaltige Stadtentwicklung, zu wenig in Klimaschutz, zu wenig in resiliente Infrastruktur – und zu viel in das bloße Fortschreiben des Status quo.

Dabei haben wir als Grüne x Partei einige konkrete, finanzierbare und verantwortungsvolle Alternativen vorgeschlagen:

- die beschlossene Einführung der Verpackungssteuer 2026, um Umweltbelastungen zu reduzieren und Einnahmen zu sichern;
- die beschleunigte Umrüstung der Flutlichtanlagen auf LED, um Energie zu sparen und Betriebskosten dauerhaft zu senken;
- die Stärkung der soziokulturellen Zentren, die seit Jahren reale Kostensteigerungen schultern müssen
- und eine gestaffelte Infrastrukturabgabe, die Familien, Kinder, Jugendliche und Menschen mit Handicap schützt.

Diese Vorschläge stehen für eine Politik, die Probleme löst, statt sie zu vertagen. Dass sie im Haushalt kaum Niederschlag gefunden haben, ist ein zentrales Defizit dieses Zahlenwerks.

Besonders enttäuschend ist, dass der Haushalt 2026 die Gleichstellung der Geschlechter weiterhin nicht ernsthaft abbildet. Gleichstellung ist kein symbolischer Akt, sondern eine Frage von Ressourcen, Personal und struktureller Verankerung.

Wer Gleichstellungspolitik will, muss sie im Haushalt sichtbar machen. Dieser Haushalt tut das nicht. Das ist kein Detail, sondern ein politisches Versäumnis.

Und nach den drei großen Reden des neuen Oberbürgermeisters sind wir der Illusion beraubt, dass sich dies zukünftig ändern wird.

In den Reden kam Gleichstellung nicht vor, selbst Frauen als Frauen anzusprechen ist der neuen Spitze zu anstrengend.

Wir beraten diesen Haushalt in einer politischen Situation, die uns alle wachrütteln sollte. Das Ergebnis der Kommunalwahl 2025 – insbesondere das Abschneiden der AfD – zeigt, dass demokratische Stabilität keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Unsere Antwort darauf kann nicht sein, soziale Spaltung zu ignorieren oder ökologische Zukunftsfragen zu vertagen. Und sie kann erst recht nicht sein, rechtspopulistische Narrative zu übernehmen oder ihnen hinterherzulaufen.

Die Grüne x Partei stellt sich klar und unmissverständlich gegen jede Form von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Wir werden ihre Erzählungen nicht bedienen – weder im politischen Ton noch im Handeln.

Der politische Wechsel an der Spitze dieser Stadt eröffnet nun eine neue Phase. Wir sind gespannt, wie der neu gewählte Oberbürgermeister die sehr realen Probleme Oberhausens angehen wird.

Wir erwarten weniger Visionen auf Hochglanzpapier und mehr konkrete, umsetzbare Politik. Weniger Leuchtturmprojekte und mehr Investitionen in funktionierende Quartiere, soziale Infrastruktur, Klimaanpassung und Mobilität für alle.

Die Herausforderungen liegen offen auf dem Tisch. Entscheidend wird sein, ob sie endlich konsequent angegangen werden – oder ob Oberhausen weiter Zeit verliert.

Letztendlich lehnen wir den uns vorgelegten Haushalt nicht ab, weil wir Verantwortung scheuen. Wir lehnen ihn ab, weil wir Verantwortung ernst nehmen. Daher haben wir Änderungsvorschläge eingebracht, die für uns der Beginn einer Transformation einläuten soll(t)en.

Nun, da unsere Änderungsanträge sogar der Prüfauftrag abgelehnt wurden, ist klar, dass wir diesen Haushalt nicht zu hundert Prozent rechtfertigen können und lehnen diesen von daher ab.

Ein Haushalt, der an den zentralen Zukunftsfragen vorbeigeht, der Gleichstellung unterfinanziert lässt und nachhaltige Stadtentwicklung weiterhin nur behauptet, aber nicht umsetzt, ist kein Haushalt, den wir mittragen können.

Oberhausen braucht keine neuen Luftschlösser.

Oberhausen braucht ehrliche Prioritäten, Mut zur Veränderung und Investitionen, die der ganzen Stadt zugutekommen.

Dafür werden wir weiter streiten.

Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort!



Abschlussklärung

FOB-FDP im Rat der Stadt Oberhausen

zum

**Haushalt 2026
nebst seiner Anlagen**

Oberhausen, 09.02.2026

Ulrich Lütte
Vorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener,

Oberhausen will Gastgeber sein – für Besucher, Unternehmen, Kultur. Doch was heute als Haushalt und Haushaltssicherungskonzept vorliegt, wirkt wie ein roter Teppich voller Reißzwecken: Von weitem sieht es nach Willkommen aus. In der Praxis bleibt man hier lieber fern.

101 Tage nach Amtsantritt des neuen Oberbürgermeisters beraten wir einen Haushalt, der Oberhausen auf Jahre prägen wird. Zugegeben, 101 Tage sind kurz, aber lang genug, um Prioritäten einer Konsolidierung zu setzen, die wirksam, gerecht und standortklug sind.

Die Lage ist dramatisch: Haushaltsausgleich erst 2033 – und nur mit Annahmen, die nach „Hoffen auf ruhige See“ statt nach seriöser Kalkulation klingen. Statt Maßnahmen mit kleinster Wirkung und größtem Ärger benötigen wir dringend echte Strukturreformen.

Thema „Infrastruktur-Abgabe“ auch Bettensteuer genannt

Auch wenn die Bettensteuer jetzt erst einmal verschoben ist, sie droht weiterhin.

Wer Gäste gewinnen will, darf sie nicht an der Zimmertür zur Kasse bitten.

Oberhausen ist in diesem Jahr Gastgeber des GTM – German Travel Mart, dem Branchentreffen der internationalen Reiseindustrie. Gleichzeitig zeigen wir Flagge auf der ITB in Berlin. Alles richtig – und genau deshalb ist es kontraproduktiv, den Tourismus jetzt mit einer zusätzlichen Abgabe zu belasten.

Im Haushaltssicherungskonzept wird bei der Bettensteuer mit 1,8 Millionen Euro Mehreinnahmen gerechnet. Das funktioniert aber nur, wenn wirklich jeder zahlt. Aber das ist eine Milchmädchenrechnung: Rund 150.000 Übernachtungen hieraus stammen aus den Berufsförderungswerken. Wollen wir ernsthaft Menschen in Ausbildung zur Kasse bitten?

Ist das der soziale Ausgleich von SPD-Oberbürgermeister und SPD-Kämmerer in dieser Stadt? Im Ausschuss für Chancengleichheit sagte der Kämmerer: Ich habe kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabeproblem.

Eine Bettensteuer ist für Oberhausen keine „smarte Einnahme“, sondern ein Standortrisiko. Wir teilen hier ausdrücklich die Aussage des DEHOGA, der es auf den Punkt bringt: „Wer wirtschaftliches Engagement und Tourismusentwicklung fördern möchte, darf Übernachtungen nicht gleichzeitig als zusätzliche Einnahmequelle bestrafen.“

Und das sagen nicht nur der DEHOGA und wir von FOB-FDP. Das sagen alle großen Veranstalter in Oberhausen.

Die Bettensteuer schadet mehr als sie einbringt – und der Nachfrageverlust träfe nicht nur Hotels, sondern die gesamte Wertschöpfungskette. Das, meine Damen und Herren, ist keine Wirtschaftsförderung, das ist Standort-Sabotage.

Thema „Parken“

Ja, Oberhausen war bei den Parkgebühren bislang in manchen Bereichen günstiger. Aber wir sind nicht Düsseldorf – sondern Oberhausen. Wir müssen dringend unsere Innenstadt stärken. Handel, Zentrenmanagement und Kultur kämpfen um Frequenz, wir legen ihnen Steine in den Weg.

Angestellte, Pendler, alle müssen 50% mehr einpreisen. Das ist kontraproduktiv und nicht „Innenstadt stärken“.

Noch schlimmer: Anwohnerparkausweise doppelt so teuer – plus Ausweitung der Bewirtschaftung. Das ist Wild-West-Mentalität auf dem Rücken derer, die dort wohnen und sich nicht wehren können. Wo ist das „Sozial“ in SPD-geführter Verwaltung geblieben?

Und beim Kaisergarten gab es einen Kompromiss, den viele verstanden haben: Am Wochenende zahlen vor allem auswärtige Besucher – unter der Woche bleibt „unser“ einziges Naherholungsgebiet für die Oberhausener Bürgerschaft kostenfrei. Wer das aufweicht, produziert Frust – für einen Tropfen auf den heißen Stein.

Thema „Blitzer“

Es soll mindestens ein weiterer Blitzer angeschafft werden unter der scheinheiligen Angabe „Verkehrssicherheit“. Für uns ist dieses eine reine Abzocke. Auch hier sollen wieder die Bürger zur Kasse gebeten werden.

Familienhilfe:

Die Kosten der Familienhilfe steigen Jahr für Jahr. Wir brauchen wirksame Prävention und passgenaue Hilfe und nicht immer neue Millionen ohne Konzept. Gut, dass der Oberbürgermeister das Thema Sozialhilfebetrug jetzt endlich anpackt. Aber das Problem ist lange bekannt und verdrängt, hier erwarten wir Tempo und Ergebnisse. Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein.

Wir sind den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, Lösungen zu schaffen, statt politische Spielchen zu spielen.

Thema „Personalkosten“

Endlich sollen Personalkosten gesenkt werden. Das ist ein Schritt, der seit Jahren eingefordert wird. Aber es muss als Strukturreform gelingen.

Denn Stellen einzusparen, funktioniert nicht mit dem Rasenmäher, sondern mit System:

- One-Stop-Shop, also alle Bürgeranliegen an einem Termin lösen
- Umstrukturierung und Prozessoptimierung
- Mitnahmeeffekte durch Digitalisierung

Statt immer neuer Software und neuer Stellen, arbeitssparende digitale Verfahren und Kompetenzen ohne neue Personaleinstellungen, die wirklich Arbeit sparen., heißt, Ziel und Sinn der Digitalisierung für unsere Bürgerinnen und Bürger umsetzen.

Kurz: Optimieren statt rekrutieren. Und: Klare Wege statt Zuständigkeits-Labyrinth.

Und bitte sofort, nicht erst im nächsten Jahr.

Die schlichte Antwort unseres Kämmerers heißt: „Steuern rauf“ statt „Strukturen runter.“

Zum Verkehr und Baustellenmanagement nur ein Satz: Seit dem Wahlkampf hat sich wenig getan. Von Alstaden ist man selbst über die überfüllte A40 schneller in Bochum als über die A516 in Sterkrade.

Zu Ihrer Rede beim Jahresempfang, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, können wir nur sagen:

„Gut gebrüllt, Löwe“. Aber im Alltag brauchen wir nicht nur das Brüllen. Wir brauchen den Plan, die Prioritäten und den Umsetzungsdruck. Sonst startet

man als Löwe – und endet als Bettvorleger. Und das kann und darf sich Oberhausen nicht leisten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich klar sein:

Wir lehnen diesen Haushalt und HSK ab: ungerecht, unsozial und wirtschaftlich kontraproduktiv. Das Fazit ist ein ideenloser Haushalt ohne Sparwille. Stattdessen immer neue Belastungen für die Bürger.

Herr Oberbürgermeister Sapere aude = haben Sie den Mut sich Ihres eigenen Verstandes zu bedienen, haben Sie den Mut, das Ziel eines lebens- und lebenswerten Oberhausens für die Einwohner nicht nur verbal auszusprechen, sondern endlich umzusetzen, Und übersetzen Sie diesen Mut in einen Dreiklang, der die Stadt nach vorne bringt:

1. Optimieren, statt immer neue Mitarbeiter zu rekrutieren und damit den Haushalt immer weiter aufzublähen
2. eine schlanke Verwaltung mit klaren Wegen statt Zuständigkeits-Labyrinth.
3. Struktur statt Schikane.

Dann wird aus dem Reißzwecken-Parcours wieder ein roter Teppich – und Oberhausen eine Stadt, in die man gerne kommt und gerne bleibt und in der sich die Bürgerinnen und Bürger zuhause fühlen.

Glück Auf.